

**Bezirksamtsvorlage Nr. 391**  
zur Beschlussfassung -  
für die Sitzung am Dienstag, dem 24.10.2023

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 2648/V, Beschluss vom 17.09.2020 betrifft:

„Blockade im Bezirksamt bei der Schaffung dringend benötigter Kitaplätze unverzüglich beenden!“

2. Berichtersteller/in:

Bezirksstadtrat Keller

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft „Blockade im Bezirksamt bei der Schaffung dringend benötigter Kitaplätze unverzüglich beenden!“ als Schlussbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.

II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Jugend und Gesundheit beauftragt.

III. Veröffentlichung: ja

IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

a) Personalrat:

b) Frauenvertretung:

c) Schwerbehindertenvertretung:

d) Jugend- und Auszubildendenvertretung:

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

keine

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz. Bei der BA-Vorlage handelt es sich um eine Vorlage rein berichtenden Charakters.

10. Mitzeichnung(en):

Keine

Bezirksstadtrat Keller

---

Vorlage -zur Kenntnisnahme- über Blockade im Bezirksamt bei der Schaffung dringend benötigter Kitaplätze unverzüglich beenden!

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 17.09.2020 folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 2648/V):

Das Bezirksamt wird ersucht sicherzustellen, dass die erklärte Priorität der Schaffung neuer Kitaplätze im Bezirk Mitte auch Realität wird. Das Bezirksamt muss in seinen Fachämtern konsequent die Prioritätensetzung umsetzen und darlegen, wie mögliche Kapazitätsengpässe kurz- und mittelfristig überwunden werden können, um Projekte, wie die Wallstraße 32, schnellstmöglich wieder aufnehmen zu können. Der BVV ist hierzu vierteljährlich in den betreffenden Fachausschüssen zu berichten, der BVV Mitte ist spätestens zum November 2020 ein erster Zwischenbericht vorzulegen.

Das Bezirksamt hat am 24.10.2023 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Die bezirkliche Versorgungssituation in Bezug auf Kita- und Tagespflege hat seit dem Beschluss in oben genannter Sache in 2020 wesentlich verbessert. Das Platzangebot konnte um knapp 1000 Plätze deutlich ausgebaut werden. Nichtsdestotrotz fokussiert der Förderatlas 2023 besonders auf die Bezirksregionen Osloer Straße und Brunnenstraße Nord. Die Bezirksregionen Tiergarten Süd, Regierungsviertel, Alexanderplatz und Wedding Zentrum weisen zwar Platzkapazitäten aus, bei einer prognostisch steigenden Anzahl von Kindern im Alter von 0-7 werden diese Kapazitäten jedoch überschritten. Daher konzentriert sich das Jugendamt Mitte in Zusammenarbeit mit beteiligten Fachämtern, der Rahmenkoordination S.T.E.R.N., den Kitaeigenbetrieben des Landes Berlin und den freien Jugendhilfeträger auf die genannten Bezirksregionen.

In Zusammenarbeit mit den bezirklichen Fachämtern kann das Jugendamt Mitte keine Blockade erkennen. Zwar ist eine Standortbetrachtung und -planung kaum ohne das Lösen von Zielkonflikten zwischen den Fachabteilungen möglich. Jedoch zeigt der genannte Zuwachs an Kita- und Tagespflegeplätzen, dass die Schaffung von Kitaplätzen für das Bezirksamt ein priorisiertes Ziel ist. Die von Bezirk finanzierte Rahmenkoordination des Trägers S.T.E.R.N. unterstützt die Abstimmungsprozesse der Ämter, z.B. mit Variantenvorschlägen maßgeblich.

A) Rechtsgrundlage:

SGB VII, AG KJHG, BezVG §36

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz. Bei der BA-Vorlage handelt es sich um eine Vorlage rein berichtenden Charakters.

Berlin, den 24.10.2023

Bezirksstadtrat Keller

Bezirksbürgermeisterin Remlinger